

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa,
Ferienstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigter bestimmter Blatt.

Postfachamt
Dresden 1530.
Strohkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 248.

Freitag, 17. Oktober 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 50 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Kretschmer, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsstellen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Beginn der Aussprache über die Regierungserklärung.

Hektiger Streit um den Gesetzentwurf über die Schuldentilgung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Oktober, 10 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. von Lindener (Volkskonservativ), in der heutigen Sitzung schon den von seinen Freunden eingebrachten Gesetzentwurf anzunehmen, der die Entschädigungen auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens sofort durchzuführen will.

Nachdem Reichsfinanzminister Dietrich und die Abg. Götthelmer (Dnat.) und Dittmann (SPD.) sich damit einverstanden erklärt haben, wird der Entwurf Lindeners auf die Tagesordnung gesetzt.

Zunächst kommt zur ersten Beratung der

Gesetzentwurf über die Schuldentilgung.

Ein deutsch-nationaler Antrag auf Verlängerung der Redezeit zum Regierungsprogramm wird gegen die Rechte und Kommunisten abgelehnt. Die Redezeit wird auf eine halbe Stunde festgesetzt.

Abg. Dr. Neubauer (SPD.) fragt die Regierung, warum sie noch keine wirksamen Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ergriffen habe. Die Schweiz erlaube beinahe in dem Kapital, das von deutschen Kapitalisten dorthin verschoben wird. Der Redner empfiehlt einen kommunistischen Antrag, der schwere Bestrafung der Kapitalverflechter verlangt. Die Nationalsozialisten, so fährt Dr. Neubauer fort, haben einen ähnlichen Antrag eingebracht, aber sie sollten vorsichtig sein, denn kurz vor dem Hitlerputsch habe ihr theoretischer Kronleuchter Feder sein Kapital ins Ausland

Bei diesen Worten springt Abg. Feder (NSDAP.) auf und ruft: „Das ist eine Unverschämtheit!“ Die übrigen Nationalsozialisten rufen: „Schluß!“

Präsident Lohde kann nur mit Mühe Ruhe schaffen. Er macht die nationalsozialistischen Zwischenrufer darauf aufmerksam, daß er nur gegen unparlamentarische Ausdrücke einschreiten könne, nicht aber gegen Behauptungen, die nach der Meinung der Angegriffenen unmaßgeblich sind.

Abg. Dr. Neubauer (SPD.) fährt fort, Hitler habe den amerikanischen Bank- und Börsenfürsten erklärt, daß eine nationalsozialistische Regierung alle Zahlungsverpflichtungen an das Ausland peinlich genau erfüllen werde. (Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Die Kommunisten verlangten dagegen die Einstellung der Tributleistungen und sie würden auch das vorliegende Gesetz ablehnen.

Abg. Feder (NSDAP.) bezeichnet zunächst die vom Dr. Neubauer gegen ihn erhobene Beschuldigung der Kapitalverflechtung als eine Lüge.

Dr. Neubauer antwortet mit dem Zuruf: „Sie unverschämter Durstige!“

Präsident Lohde ruft Feder und Neubauer zur Ordnung.

Abg. Feder bekämpft dann den vorliegenden Gesetzentwurf. Zuerst rief er den Namen des Gesetzes „Schuldentilgung“. Die Nationalsozialisten mühten beantragen, daß die Ueberschrift dahin geändert wird, daß es heißt „Gesetz zur Erhöhung der Schulden“. (Beifallsstürmen bei den Nationalsozialisten.) (Zuruf links: „Das ist nun eine revolutionäre Tat!“) Rehtlich wie bei der ersten Kreuzer-Anleihe stehe auch hier sicherlich im Hintergrund die Ueberlassung eines deutschen Monopols an das Ausland. Vielleicht werde jetzt noch die Deutsche Reichspost dem Auslande ausgeliefert. Die deutschen Finanzen werden durch die neue Anleihe auch nicht saniert. Es wird nur ein Loch mit dem anderen zugestopft, das ist die ganze deutsche Regierungspolitik. (Beifallsstürmen bei den Nat.-Soz.) Die wirklich deutschen Parteien müssen diese Vorlage ablehnen und mit der Vorlage muß auch die Regierung verschwinden, denn ihre Uhr ist abgelaufen. (Beif. Beifall bei den Nat.-Soz.)

Abg. Dr. Linaas (Dnat.) stimmt dem Vorredner in der Beurteilung der Vorlage zu. Der Finanzminister hat von deutschen Banken nicht das Geld bekommen, das er gebraucht, das ist ein Sturmzeichen der Verordnung. Die deutschen Banken waren dazu nicht in der Lage. (Zwischenrufe des Ministers Dietrich.) Es wäre sehr gut, wenn der Minister nächster einmal deutlich sagen würde, wer denn eigentlich die Gläubiger Deutschlands sind. (Minister Dietrich: Das wird geschehen.) Die Regierung kann doch selbst nicht glauben, daß durch die vorliegende Anleihe die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Es geht eben nicht, den deutschen Lebensstandard aufrecht zu erhalten und gleichzeitig aus den Mitteln des verzerrten deutschen Volkswirtschafts Militarismus zu finanzieren, den die Welt je gesehen hat. Der französische Kriegsminister kann sich einen Sonderfonds von 6 bis 7 Milliarden anlegen aus den Mitteln, die in Deutschland den Beamten und Arbeitnehmern vom Gehalt und Lohn abgezogen werden. (Beif. Zustimmung rechts.) Ich richte über die Parteien hinweg den Appell an Sie als Männer, die doch auch ein deutsches Herz haben: Gatten Sie ein auf dem Wege, unserer armen Auazend die Ruteln zu verzeihen und ihr

Schulden aufzuerlegen, die sie nie bezahlen kann. Gatten Sie Deutschland auf dem Weg zur Ehre und Freiheit! (Beif. Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister Dietrich,

der von den Nationalsozialisten mit lauten Zurufen empfangen wird, weist zunächst die Angriffe der Vorredner zurück und gibt dann eine zahlenmäßige Aufstellung der schwebenden deutschen Schulden. Diese Schulden betrage 1,218 Milliarden. Die große Belastung durch die gestiegene Arbeitslosigkeit habe eine Verminderung dieser Schulden verhindert. Mit den für die Arbeitslosenunterstützungen vorgesehenen Mitteln komme man nicht aus, es seien 500 Millionen mehr erforderlich. Die finanzielle Lage werde unter diesen Umständen am 1. 4. 1931 die gleiche sein wie am 1. 4. 1930. Mit der in dem vorliegenden Gesetz enthaltenen Anleihe werde es gelingen, den Etat zu balancieren und die schwebende Schuld abzubauen.

Von den Nationalsozialisten werden die Ausführungen des Ministers fortwährend durch laute Zurufe unterbrochen. Präsident Lohde ermahnt wiederholt um Ruhe. Der Minister müsse doch die Möglichkeit haben, auf die Fragen zu antworten, die von den Zwischenrufern an ihn gerichtet worden seien.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärt mit erhobener Stimme, bei den Verhandlungen über die Auslandsanleihe habe er mit keinem Wort die Verpfändung irgend eines deutschen Monopols ausgedrückt oder versprochen, daß Deutschland auf eine Anwendung der ihm günstigen Bestimmungen des Handelsvertrages verzichten werde.

Auf wiederholte Zurufe des Abg. Feder (Nat.-Soz.) ruft Minister Dietrich erregt, ich muß verlangen, daß Sie mir glauben, ich bin doch kein Lügner. Demjenigen, der zwölf Jahre mit mir in diesem Hause sitzen, würden mir nie so etwas zutrauen. (Beif. Beifall in der Mitte.) — (Abg. Dr. Linaas: „Sprechen Sie für Ihr Ressort oder für die ganze Reichsregierung?“)

Solange ich in der Reichsregierung sitze, kann ich für Sie reden.

Einige Nationalsozialisten machen dem Minister fortwährend so laute Zurufe, daß die letzten Sätze seiner Rede kaum verstanden werden können. — Am Schluß klatschen die Abgeordneten der Mitte Beifall.

Präsident Lohde erklärt, nur der Umstand, daß ihm die neuen Abgeordneten noch nicht sämtlich bekannt sind, habe ihn verhindert, gegen diejenigen, die durch dauernden Lärm die Redner überhöhen, die gesetzlich vorgeschriebenen Mittel anzuwenden. Er behalte sich aber vor, nach der Feststellung der Namen die Ausweisung der Redner nachträglich schriftlich zu verfügen. (Beif. Beifall in der Mitte.)

Abg. Reil (Soz.) führt aus, die Deutschnationalen sollten sich nicht als Pharisäer aufspielen, denn die Reichsregierungen hätten einen großen Teil der Schuld an der Finanznot des Reiches. Die sozialdemokratische Fraktion wolle mit allen Kräften daran arbeiten, daß die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Das liege gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft. — Der Redner verliest dann das Protokoll der Vernehmung eines Minister Volleigentümers, der ausgesagt hat, der Abg. Feder habe im November 1929 von seinem Bankhaus ein beträchtliches Aktienpaket abgeben wollen, mit der Begründung, er brauche es als Pfand für die Aufnahme einer größeren Geldsumme. Wenige Tage später sei der Hitler-Putsch ausgebrochen und Feder habe eine Erklärung erlassen, in der alle Bankverbindungen und Beziehungen mit Strafe bedroht werden.

Von den Sozialdemokraten werden die Ausführungen Reils mit lauten Hörl-Hörl-Rufen, von den Nationalsozialisten mit großem Lärm aufgenommen. Präsident Lohde ruft mehrere Nationalsozialisten zur Ordnung.

Abg. Dr. Bang (Dnat.) bestritt nicht den Willen der Regierung, meint aber, sie täusche sich völlig über die finanzielle Wirkung der Vorlage. Alle die Behauptungen, die Minister Dietrich in vorjährigen Rundfunkreden über die deutsche Finanzentwicklung machte, seien durch die Tatsachen widerlegt worden. Der Ueberbrückungskredit sei der letzte Versuch zur Rettung eines zusammengebrochenen Systems, aber die Entwicklung werde über dieses System hinweggehen.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) erwidert dem Abg. Reil, er habe lediglich ein entwertetes Bankdepot abgeben wollen. Abg. Reil (Soz.) antwortet, das angeblich wertlose Depot habe doch als Pfand für eine größere Summe dienen sollen.

Dieses Redewort spielt sich unter großem Lärm ab. Abg. Reil wird zeitweise am Weiterreden gehindert durch formwidrige Schlußrufe der Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Abg. Koch-Oppenheim wird wegen der Ausdrucksformen vom Präsidenten aus dem Saal gewiesen. Ein deutsch-nationaler Antrag auf sofortige Ausweisung überweisung der Vorlage wird abgelehnt.

In der zweiten Beratung werden deutsch-nationale und nationalsozialistische Änderungsanträge abgelehnt.

Nach der zweiten Lesung wird das Schuldentilgungsgesetz dem Reichstagspräsidenten übergeben.

Hierauf wird ohne Debatte der vom Abg. v. Lindener (Volkskons.) eingebrachte Gesetzentwurf über die Entschädigung auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Anschließend beginnt die

Aussprache über die getrigte Erklärung der Reichsregierung.

Als erster Redner aus dem Hause tritt der sozialdemokratische Abg. Müller-Franken an das Rednerpult. Die Nationalsozialisten verlassen darauf demonstrativ den Saal. Sie machen dabei höhnische Zurufe, die Abg. Müller mit der Bemerkung beantwortet: „Sie scheinen in einer Egnogenschule erzogen zu sein!“

Abg. Müller-Franken (SPD.)

erklärt, die vorliegenden Mißtrauensanträge seien eigentlich überflüssig, denn die Entscheidung über Vertrauen oder Mißtrauen zur Regierung werde bei der dritten Beratung des Schuldentilgungsgesetzes fallen. Die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Regierung werde dadurch bestimmt, daß gegenwärtig Deutschland eine der schwersten Wirtschaftskrisen durchläuft. Wäre es anders, so würden die Sozialdemokraten sehr deutlich ihre Mißtrauen gegen Minister wie Schiele und Trevisanati bekunden. Wir haben jetzt zwei Außenminister, einen für jetzt und einen für die Wahlen und den Hausgebrauch. (Heiterkeit.) Auf diesen sollte die Vorschrift angewandt werden: Nach dem Gedrauf tüchtig zu schütteln! (Heiterkeit.) Wir werden uns aber von keiner Partei den Zeitpunkt vorzeichnen lassen, an dem wir zum Angriff gegen dieses Kabinett vorgehen. In dieser Haltung werden wir beharrt durch das Auftreten der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten im neuen Reichstag. Der nat.-soz. Wirtschaftsfachverständige hat zur Aufhebung der Zinsknechtschaft eine Wirtschaftstheorie ausgearbeitet, die er aus dem 3. Buch Moses, Kapitel 2, abgeschrieben hat. Es ist bezeichnend, daß die Nat.-Soz. angerechnet bei Moses und den Propheten ihre Weisheit suchen. (Stürmische Heiterkeit.)

Der nat.-soz. Antrag auf Enteignung der Bank- und Börsenfürsten ist nicht eingebracht worden, nachdem Herr Hüter beim Herrn Bankdirektor von Staub gefächelt hat. (Hört! Hört!) Wir werden die Vorlage des von der Regierung angekündigten Reformprogramms abwarten und behalten uns unsere Stellungnahme dazu vor. Wir müssen aber verlangen, daß diese Vorlage parlamentarisch verabschiedet wird.

Mehrere Nationalsozialisten sind inzwischen in den Saal zurückgekehrt. Einer ruft: „Sie haben das Versailles-Diktat unterschrieben!“

Abg. Müller-Franken erwidert: Das ich getan habe, habe ich getan kraft Mandates des deutschen Volkes und das werde ich jederzeit verantworten. Ich wünsche Ihnen (zu den Nationalsozialisten), daß Sie Ihre Taten auch so verantworten können! (Beifall bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.) Von der Rotenordnung betrachten wir einige Teile als unvertretbar, beispielsweise die Bürgerabgabe. Wir werden im Ausmaß unsere Änderungsanträge stellen. Die vollständige Aufhebung dieser Rotenordnung wäre aber nicht zu verantworten, wenn nicht vorher ein Gesetz geschaffen ist, weil sonst auch die Arbeitlosenversicherung verloren wäre. In der Außenpolitik stimmen wir der Erklärung des Reichskanzlers zu. Hitler hat in der Auslandspresse ja auch erklärt, daß ein von ihm geführtes Deutschland alle Verpflichtungen peinlich genau erfüllen werde. Im Abdruck seines Interviews im „Völkischer Beobachter“ hat er freilich diese Sätze weggelassen. (Hört! Hört! links.) Wir erwarten von der Regierung ein energisches Vorgehen gegen die Kapitalverflechtung. Wir beantragen zu diesem Zweck die verschärfte Anwendung der schon im Einkommensteuergesetz gegen die Kapitalflucht enthaltenen Bestimmungen. Wir erwarten mit der Regierung, daß die Reparationslasten der deutschen Wirtschaftswirtschaft entsprechend herabgesetzt werden. Diese Entwicklung wird aber nicht beschleunigt durch Stahlhelmparaden. (Beif. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Lohde (NSDAP.) übernimmt dann zum ersten Mal die Verhandlungsleitung. Er erteilt als nächstem Redner das Wort dem Abg. Straßer (NSDAP.). Dieser verliest zunächst ein schriftlich formuliertes Aktionsprogramm der NSDAP., dessen einzelne Sätze von den Nationalsozialisten mit lautem Beifallsstürmen aufgenommen werden. Der deutsche Nationalismus, so heißt es darin, ist eine aus dem deutschen Wesen entstandene und mit dem deutschen Wesen verbundene eigenständige Bewegung. Er will an die Stelle des seit 12 Jahren bestehenden Systems der Schamlosigkeit, der Korruption und des Verbrennens der stillen Staatskasse des Bismarckreiches wieder treten.

Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch fort.